

Sparprogramm spaltet Frankreichs SP

Premier Valls kann nur mehr mit bürgerlicher Hilfe regieren

AUS PARIS
DANNY LEDER

Frankreichs sozialistischer Präsident Francois Hollande, der 2012 in Begleitung einer überaus breiten Parlamentsmehrheit aus SP und Grünen ans Ruder gelangt war, verfügt ab sofort nur mehr über begrenzte Handlungsfähigkeit. Sein frisch ernannter Premier Manuel Valls hat mit seinen klaren sparpolitischen und unternehmerfreundlichen Zielvorgaben die bisherige SP-Abgeordnetenmehrheit faktisch gesprengt.

Für sein auf drei Jahre anberaumtes Sparprogramm von 50 Milliarden Euro erhielt Valls zwar bei einer Abstimmung der Nationalversammlung (dem französischen Unterhaus) am Dienstag eine Mehrheit: 265 von insgesamt 564 Abgeordneten stimmten dafür. Aber 41 eigene sozialistische Abgeordnete enthielten sich, weil sie dieses Sparprogramm als verheerend für Frankreich und Verrat am Wählerauftrag betrachten.

Aus einer genau umgekehrten Sicht, nämlich einer eher positiven Einschätzung des Programms von Valls, enthielten sich auch die meisten Mandatäre der bürgerlichen Zentrumsparterie UDI und drei Vertreter der konservativen UMP. Vier bürgerliche Oppositionsabgeordnete stimmten sogar dafür. Diese wohlmeinende Abstinenz des Zentrums sicherte Valls vorläufig die Mehrheit.

Dabei hatte Valls in einer passionierten Ansprache betont, bei dieser Abstimmung gehe es um die šLegitimität der Regierung und die Glaubwürdigkeit Frankreichsö. Mit Blickrichtung auf den linken SP-Flügel, der sein Sparprogramm für šzu brutalö hält, warnte Valls: šDas Problem der Linken ist die Regierungsausübung. Wir müssen das überwinden. Wir können nicht nach zwei Jahren sagen, es ist zu hart, wir hören auf und überlassen den Bürgerlichen und Rechten die Staatsführungö.

Auch sonst ging Valls seine linken Kritiker frontal an, indem er erklärte: šWir müssen den Reflex loswerden, immerzu die Steuern zu erhöhenö. Dabei verwies er sowohl auf die Abgabenerhöhungen unter dem vormaligen bürgerlichen Präsidenten Nicolas Sarkozy als auch in den ersten beiden Amtsjahren von Hollande ó für beide Perioden konstatierte er jeweils 30 Milliarden Euro an Steuererhöhungen.

Dahinter steckt der Kern des inner-sozialistischen Disputs: Valls hofft durch Abgabensenkungen für die Unternehmen von insgesamt 30 Milliarden Euro (parallel zu den öffentlichen Einsparungen) die schwächelnde Wirtschaft Frankreichs wieder anzukurbeln. Nur so, betont Valls, könne die Arbeitslosenrate (zurzeit über zehn Prozent) wieder gesenkt und die Staatsverschuldung (93,5 Prozent des BIP 2013) gestoppt werden.

Seine linken Kontrahenten glauben hingegen, dass sich die breit gestreuten Steuererleichterungen für Unternehmer, namentlich auf Seiten der Großkonzerne und Handelsketten, in keinem relevanten Anstieg der Arbeitsplätze niederschlagen würden. Im Abbau des Budgetdefizits (4,3 Prozent des BIP 2013) auf drei Prozent 2015, zu dem sich

Valls verpflichtet hat, sehen sie bloß ein škontraproduktives Diktat aus Brüssel und Berlin, das šdie Konjunktur ersticken, würde.

Diese radikalen Differenzen werden schon bald wieder aufbrechen, wenn im Parlament über die einzelnen Sparmaßnahmen, darunter das Einfrieren von Pensionen, Beamtengehälter und diverser Beihilfen abgestimmt wird. Auf die Dauer wird sich die alleinige SP-Regierung (die Grünen sind bereits abgesprungen) nicht auf die Schützenhilfe eines Teils der bürgerlichen Opposition verlassen können.